

Kreisblatt für den Kreis Gießen.

Nr. 31

7. April

1916

Bekanntmachung

betreffend Ausnahmen von der Verordnung, betreffend den Nachnahme- und Frachtverkehr mit dem Ausland, vom 16. März 1916.
Bom 23. März 1916.

Auf Grund des § 3 der Verordnung, betreffend den Nachnahme- und Frachtverkehr mit dem Ausland, vom 16. März 1916. (Reichs-Gesetzbl. S. 171) wird folgendes bestimmt:

Artikel 1. Die Vorschriften der Verordnung, betreffend den Nachnahme- und Frachtverkehr mit dem Ausland, vom 16. März 1916 finden keine Anwendung auf den Verkehr mit Österreich-Ungarn und den darüber hinaus gelegenen Ländern, Luxemburg und den von deutschen und österreichisch-ungarischen Truppen besetzten Gebieten des feindlichen Auslandes.

Artikel 2. § 1 der Verordnung findet keine Anwendung auf den Postnachnahmeverkehr, auf die Einziehungen der Vorräthen und Barauslagen der Eisenbahn sowie auf Nachnahmebeträge und Barvorschüsse unter zehn Mark.

Artikel 3. Diese Bekanntmachung tritt am 1. April 1916 in Kraft.

Berlin, den 23. März 1916.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers.
Delbrück.

Bekanntmachung

betreffend Sperre und Anmeldung des Vermögens von landesflüchtigen Personen. Vom 23. März 1916.

Der Bundesrat hat auf Grund des § 3 des Gesetzes über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen usw. vom 4. August 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 327) folgende Verordnung erlassen:

Artikel 1. Die Vorschriften der Verordnung über die Anmeldung des im Inland befindlichen Vermögens von Angehörigen feindlicher Staaten vom 7. Oktober 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 633) finden auf das Vermögen von Personen, die auf Grund des § 27 Abs. 1 des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes vom 22. Juli 1913 (Reichs-Gesetzbl. S. 583) der deutschen Staatsangehörigkeit verlustig erklärt worden sind, mit der Maßgabe entsprechende Anwendung, daß die Landeszentralbehörden bestimmen, ob und nach welchen Vorschriften das Vermögen anzumelden ist.

Die Landeszentralbehörden können in Einzelfällen die Vorschriften des Abs. 1 auch auf das Vermögen im Auslande sich aufhaltender Deutschen für anwendbar erklären, welche einer vom Kaiser angeordneten Aufforderung zur Rückkehr keine Folge geleistet haben. Die Anwendung kann zurückgenommen werden.

Artikel 2. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Soweit in der Verordnung vom 7. Oktober 1915 auf den Zeitpunkt ihres Inkrafttretens verwiesen wird, tritt der Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Verordnung an die Stelle.

Berlin, den 23. März 1916.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers.
Delbrück.

Bekanntmachung

über die Wiederholung der Anzeige der Bestände von Verbrauchszucker. Vom 25. März 1916.

Auf Grund des § 1 Abs. 4 der Bekanntmachung über Verbrauchszucker vom 27. Mai 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 308) bestimme ich:

Wer Verbrauchszucker mit Beginn des 1. April 1916 in Gewahrsam hat, ist verpflichtet, die vorhandenen Mengen getrennt nach Arten und Eigentümern unter Nennung der Eigentümer der Zentral-Einkaufsgesellschaft m. b. H. in Berlin anzuzeigen. Zu diesem Zwecke haben die Berechtigten, deren Zucker in fremdem Gewahrsam liegt, den Lagerhalter nach dem 1. April 1916 unverzüglich die ihnen zustehenden Mengen anzuzeigen. Die Anzeigen an die Zentral-Einkaufsgesellschaft m. b. H. sind bis zum 5. April 1916 abzugeben. Anzeigen über Mengen, die sich mit Beginn des 1. April 1916 auf dem Transport befinden, sind unverzüglich nach dem Empfange von dem Empfänger zu erstatten.

Die Anzeigepflicht erstreckt sich nicht

1. auf Mengen, die im Eigentum des Reichs, eines Bundesstaates oder Elaf-Vorbringens, insbesondere im Eigentum der Heeresverwaltungen oder der Marineverwaltung, sowie auf Mengen, die im Eigentum eines Kommunalverbandes stehen;
2. auf Mengen, die insgesamt weniger als 50 Doppelzentner betragen.

Berlin, den 25. März 1916.

Der Reichskanzler.

Im Auftrage: Paug.

Bekanntmachung

betreffend Abänderung der Bekanntmachung über die Preise und sonstigen Vergütungen für Kraftfuttermittel vom 19. August 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 504). Vom 26. März 1916.

I. Die Liste der im § 1 der genannten Verordnung angeführten Gegenstände wird wie folgt ergänzt oder geändert:

Preis f. 1 Tonne
(1000 Kilogr.)
Mark

7 a. Gemenge von Brotgetreide mit Hülsenfrüchten	300
7 b. Runkelrübensamen (Zuckerrüben- und Futterrübensamen)	250
11 a. Kakaoshalen, Kakaoshalenpulver	48
12. Saferkleie	130 ¹⁾
14. Saferfuttermehl	130
19. Kartoffelpulve, getrocknet	150
19 a. Kartoffelpulve, naß	5 ²⁾
20. Getreidetreber, getrocknet (Schlempe)	200
20 a. Kartoffelschlempe, getrocknet	125
22. Viertreber, getrocknet	260
25. Heie, getrocknet (als Viehfutter)	500
51. Tierkörpermehl, Kadabermehl, deutsches Fleischfüttermehl	240 ³⁾
58. Blutmehl	400
60. Ist zu streichen.	
61. Torfäure	25 ⁴⁾
62. Torfmüll	27 ⁵⁾

II. § 2 erhält folgenden Absatz 2:

Bei jeder Lieferung von Futtermitteln, für die ein Höchst- oder Mindestgehalt von Bestandteilen vorgegeben ist, hat der Lieferungs-pflichtige den Gehalt an den betreffenden Bestandteilen durch Vorlegung einer Analyse der zuständigen landwirtschaftlichen Versuchsanstalt und einer Bescheinigung der Probennehmer über die ordnungsmäßige Probenentnahme nachzuweisen. Die Probenentnahme hat durch vereidigte Probennehmer oder, falls solche am Verladeorte nicht vorhanden sind, durch zwei Unparteiische zu erfolgen. Bei Lieferung unter 100 Zentnern ist der Nachweis nur auf Verlangen der Bezugsvereinigung zu führen.

III. Diese Bestimmungen treten am 1. April 1916 in Kraft. Die bisherigen Bestimmungen, insbesondere die Preise, bleiben für die Lieferung maßgebend, soweit die Versandverfügung der Bezugsvereinigung dem Lieferungs-pflichtigen vor diesem Zeitpunkt zugegangen ist.

Berlin, den 26. März 1916.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers.
Delbrück.

¹⁾ Saferkleie darf höchstens 25 vom Hundert Rohfaser enthalten. Bei einem Mehrgehalt an Rohfaser gilt die Ware als Saferpelzen.

²⁾ Der Preis gilt für nasse Kartoffelpulve, welche mindestens 25 vom Hundert Trockensubstanz enthält.

³⁾ Der Preis gilt für Ware mit einem Mindestgehalte von 55 vom Hundert Protein und Fett und einem Höchstgehalt an Asche von 20 vom Hundert. Jeder Hundertteil Mindergehalt an Protein und Fett wird mit 4,36 Mark, jeder Hundertteil Mehrgehalt an Asche mit 3,00 Mark für das Kilogramm in Abgang gebracht.

⁴⁾ Satz 2 der bisherigen Nummerung²⁾ erhält folgende Fassung: Für jeden vollen Kubikmeter mehr erfolgt ein Zuschlag von 0,75 Mark für die Tonne, für jeden vollen Kubikmeter weniger ein Abzug von 1,20 Mark für die Tonne.

⁵⁾ Der Preis gilt für eine Ware mit 50 vom Hundert Trockengehalt. Jeder Hundertteil Trockengehalt mehr oder weniger wird mit 1 Mark in Ansatz gebracht.

Bekanntmachung

über die Vornahme einer Viehweidenzählung am 15. April 1916.
Bom 23. März 1916.

Der Bundesrat hat auf Grund des § 3 des Gesetzes über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen usw. vom 4. August 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 327) folgende Verordnung erlassen:

§ 1. Am 15. April 1916 findet eine Viehweidenzählung statt. Die Zählung erstreckt sich auf Rindvieh, Schafe und Schweine. Sie erfolgt nach Maßgabe des beiliegenden Erhebungsmusters¹⁾.

§ 2. Die Landeszentralbehörden erlassen die Bestimmungen zur Ausführung dieser Verordnung. Sie sind befugt, weitergehende Erhebungen anzustellen.

§ 3. Dem Kaiserlichen Statistischen Amte ist nach beiliegendem Zusammenstellungsmuster²⁾ eine vorläufige, sämtliche Unterabteilungen des Zusammenstellungsmusters enthaltende Uebersicht der Zählungsergebnisse nebst den von den Bundesstaaten erlassenen

Ausführungsanordnungen bis zum 1. Mai 1916, die endgültige Zusammenstellung bis zum 1. Juni 1916 einzuenden.

§ 4. Wer vorsätzlich eine Anzeige, zu der auf Grund dieser Verordnung oder der nach § 2 erlassenen Bestimmungen aufgeführt wird, nicht erstattet oder wesentlich unrichtige oder unvollständige Angaben macht, wird mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu zehntausend Mark bestraft; auch kann Vieh, dessen Vorhandensein verurteilt worden ist, im Urteil für dem Staate verfallen erklärt werden.

§ 5. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Berlin, den 23. März 1916.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers.
Deßbrück.

*) Vom Abdruck der Muster wird abgesehen.

Bekanntmachung

über die Vornahme einer Viehzählung am 15. April 1916.
Dom 31. März 1916.

Auf Grund des § 2 der Bundesratsverordnung vom 23. März 1916 über die Vornahme einer Viehzählung am 15. April 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 186) wird die Erhebung für das Großherzogtum auf Pferde und Zuchtschweine erwidert und Großh. Zentralstelle für die Landesstatistik mit der Durchführung der Zählung beauftragt.

Darmstadt, den 31. März 1916.

Großherzogliches Ministerium des Innern.
v. Homberg.

Das Großherzogliche Kreisamt Gießen

an den Oberbürgermeister zu Gießen und die Großh. Bürgermeisterei der Landgemeinden des Kreises.

Nach Bundesratsbeschluss vom 23. März 1916 soll am 15. April d. J. eine Viehzählung stattfinden.

Mit der Vornahme der Erhebung innerhalb des Großherzogtums ist durch Verfügung Großh. Ministeriums des Innern die Großh. Zentralstelle für die Landesstatistik zu Darmstadt beauftragt worden.

Die Ausführung der Zählung liegt den Großh. Bürgermeistereien (Oberbürgermeister, Bürgermeister) ob. Eine Vergütung für die Mitwirkenden wird von Staats wegen nicht geleistet. Geht es um das Rindvieh und die Schweine nach bestimmten Altersklassen, die Pferde, Schafe und Zuchtschweine nur insgesamt.

Die nötigen Zählkästen und Gemeindebogen wird Ihnen die Großh. Zentralstelle für die Landesstatistik unmittelbar zuhelfen. Diejenigen Bürgermeistereien, die bis zum 13. April nicht im Besitze der nötigen Zählpapiere sind, wollen sich entweder mittels Fernruf Nr. 2657 oder telegraphisch an die genannte Zentralstelle wenden wie folgt: „Landesstatistik Darmstadt Zählpapiere noch nicht eingetroffen. Bürgermeisterei M. N.“

Auf dem Gemeindebogen ist eine Anweisung aufgedruckt, aus der Sie ersehen, wie die Zählung im einzelnen durchzuführen ist. Damit dies richtig geschieht, wollen Sie sich mit den Bestimmungen genau vertraut machen und die Zähler belehren. — Anfragen bezüglich der Zählung sind an die Großh. Zentralstelle für die Landesstatistik in Darmstadt zu richten.

Die ausgefüllten Zählkästen und die Urschriften der Gemeindebogen sind spätestens am 19. April 1916 an die Gr. Zentralstelle f. d. Landesstatistik in Darmstadt abzusenden. Der Termin muß unbedingt eingehalten werden. Von den Zählkästen haben Sie keine Abschrift zu machen. Dagegen ist eine Abschrift des Gemeindebogens für die Bürgermeistereien anzufertigen.

Die Zählungsergebnisse sollen nicht veröffentlicht werden. Wer vorsätzlich die Anzeige seines Viehbestandes, zu der er etwa aufgefordert wird, nicht erstattet, oder wesentlich unrichtige oder unvollständige Angaben macht, wird mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu zehntausend Mark bestraft; auch kann Vieh, dessen Vorhandensein verurteilt worden ist, im Urteil für dem Staate verfallen erklärt werden.

Wir empfehlen Ihnen, die Anordnung der Erhebung auf ortsübliche Weise bekannt zu machen und die erforderlichen Maßnahmen zur gewissenhaften Durchführung der Erhebung alsbald zu treffen.

Gießen, den 6. April 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen. J. B.: Hemmerde.

Bekanntmachung

Auf Grund des § 2 der Kaiserlichen Verordnung vom 31. Juli 1914, betreffend das Verbot der Aus- und Durchfuhr von Rohstoffen, die bei Herstellung und dem Betriebe von Gegenständen des Kriegsbedarfes zur Verwendung gelangen usw., bringe ich nachstehendes zur öffentlichen Kenntnis:

Es wird verboten die Aus- und Durchfuhr von:
Holzmehl jeder Art (Bekanntmachung vom 16. Februar 1916 zu I Ziffer 11 und zu II).

Berlin, den 28. März 1916.

Der Reichskanzler.
Im Auftrage: Müller.

Bekanntmachung

Die Zentral-Einkaufsgesellschaft ist von dem Herrn Reichskanzler ermächtigt worden, innerhalb eines Zeitraumes von 14 Tagen vom Inkrafttreten der Bekanntmachung über die Einfuhr von Vieh und Fleisch sowie Fleischwaren vom 18. März 1916 (Reichsgesetzbl. S. 175), sowie der Ausführungsbestimmungen dazu vom 22. März 1916 in den ihr geeignet erscheinenden Fällen den Lieferungs-pflichtigen mitzuteilen, daß sie vorbehaltlich der Genehmigung des Herrn Reichskanzlers die zu liefernde Ware freigebe.

Darmstadt, den 31. März 1916.

Großherzogliches Ministerium des Innern.
v. Homberg.

Betr.: Das Verbot der Ausfuhr von Rindvieh, Schafen und Schweinen und von Fleisch und Fleischwaren aus dem Großherzogtum Hessen.

Auf Grund der Verordnung des Bundesrats über Fleischversorgung vom 27. März 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 199) hat die Reichsfleischstelle angeordnet, daß im Großherzogtum Hessen die für die Veresversorgung ihren auferlegten Mengen von Schlachtvieh (Rindvieh, Schafen und Schweinen), sowie die zur Versorgung der Zivilbevölkerung einschließlich der Garnisonen, Lazarette und Gefangenenlager aufzubringen en Schlacht ere der genannten Arten aus dem Lande selbst beschafft werden müssen. Aus diesem Grunde sehen wir uns veranlaßt, die Ausfuhr von Vieh der genannten Arten und von Fleisch und Fleischwaren (§ 11 der Verordnung) aus dem Großherzogtum mit sofortiger Wirkung zu verbieten.

Alle in bezug auf die Ausfuhr von Vieh und Fleisch einzeln nichtbündigen Landesteilen gegenüber zugesandten Ermächtigungen werden hiermit zurückgezogen. Bereits in dieser Hinsicht abgeschlossene Kauf- und Lieferungsverträge dürfen nicht mehr ausgeführt werden.

Weitere Entschliefungen im Sinne obiger Verordnung bleiben vorbehalten.

Darmstadt, den 3. April 1916.

Großherzogliches Ministerium des Innern.
v. Homberg.

An den Oberbürgermeister zu Gießen, die Großh. Bürgermeisterei der Landgemeinden des Kreises, Großh. Polizei- und Großh. Gendarmerie des Kreises.

Auf vorliegendes Verbot machen wir Sie mit dem Auftrage aufmerksam, sofort und wiederholt ortsüblich bekannt zu machen, alle Viehhändler, Metzger und sonstige Beieilte zu bebenken und jede Zuwiderhandlung zur Anzeige zu bringen. Auch die Postämter und Güterabfertigungen sind zu verständigen.

Gießen, den 4. April 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.
J. B.: Langermann.

Bekanntmachung der Reichsfuttermittelstelle

zur Ausführung des Artikels 1 Ziffer 4 der Verordnung, betreffend Änderung der Verordnung über den Verkehr mit Kraftfuttermitteln vom 28. Juni und 5. August 1915, vom 16. März 1916 (Reichsgesetzbl. S. 168).

I.

Die nach § 3 der Verordnung vom 28. Juni und 5. August 1915 in der Fassung vom 16. März anzugetragenen gewerblichen Betriebe haben bei der zu Beginn eines jeden Kalender-viertelsjahrs der Bezugsvereinigung der deutschen Landwirte zu erstattenden Anzeige zugleich anzugeben:

1. die Zahl der im eigenen Betriebe tatsächlich gebrauchten Spanntiere (getrennt nach Pferden und sonstigen Spann-tieren);
2. die zur Verfütterung an diese Spanntiere im laufenden Kalenderviertelsjahrs unbedingt erforderlichen (und daher von der Ablieferungs-pflicht befreiten Mengen an Kraftfuttermitteln) und bei Kraftfuttermitteln, die nur zeitweise anfallen, die bis zum voraussichtlich nächsten Anfall unbedingt erforderlichen (also über das Ende des Kalender-viertelsjahres zurückzubehaltenden Mengen an Kraftfuttermitteln).

II.

Der Anzeige ist eine amtliche Bescheinigung des Kommunalverbandes (Landrat, Magistrat freisfreier Städte, Bezirksamtmann, Amtshauptmann usw.) beizufügen:

1. darüber, daß die angegebenen Spanntiere tatsächlich vorhanden sind und in dem Betriebe zu Spannzwecken gebraucht werden;
2. darüber, daß die beanspruchten Futtermengen unter Berücksichtigung der etwa sonst noch zur Verfügung stehenden Futtermittel zur Verfütterung an jene Spanntiere für den in der Anzeige genannten Zeitraum unbedingt erforderlich sind.

Sat die Bezugsvereinigung Bedenken gegen die Höhe der hiernach als erforderlich bestimmten Futtermengen, so entscheidet auf ihren Antrag die Reichsfuttermittelstelle.

III.

Es bleibt vorbehalten, Höchstgrenzen festzusetzen, über die hinaus eine Befreiung von der Ueberlassungspflicht von Kraftfuttermitteln zur Verfütterung an die im eigenen Betriebe gebrauchten Spanntiere nicht gewährt wird.

IV.

Gewerblichen Betrieben, welche verschiedene Arten von Kraftfuttermitteln in Gebrauch haben oder in ihrem Betriebe herstellen, bleibt die Wahl der zur Verfütterung an ihre Spanntiere erforderlichen Art von Kraftfuttermitteln überlassen. Für Mais- und Leime findet jedoch eine Befreiung von der Ueberlassungspflicht nur insoweit statt, als eine amtliche Bescheinigung des Kommunalverbandes darüber beigebracht wird, daß andere Futtermittel in dem gewerblichen Betriebe für den Bedarf seiner Spanntiere nicht oder nicht in ausreichenden Mengen zur Verfügung stehen.

Scharmer.

Die Reichsfuttermittelfelle Berlin W. 9, Königsgraberstr. 19, bemerkt zu der Verordnung des Bundesrats vom 16. März 1916 (Reichsgesetzl. S. 168) weiter folgendes:

1. Zu Ziffer II, 2.

Bei der Bemeßung des unbedingt erforderlichen Bedarfs wird auf die Art der Spanntiere und auf ihre, durch die besonderen örtlichen und Betriebsverhältnisse bedingte Arbeitsanspannung Rücksicht zu nehmen sein. Auch müssen die sonst etwa dem Betriebsunternehmer zur Verfügung stehenden Futtermittel (Hafer, Mais, Weizen usw.) berücksichtigt werden, und nur, soweit diese nicht ausreichen, sind die Kraftfuttermittel heranzuziehen. Es liegt im eigenen Interesse der Kommunalverbände, den Selbstverbrauch der gewerblichen Betriebe nicht über das unbedingt Erforderliche hinaus zuzulassen, da alle der Bezugsvereinigung zu überlassenden Futtermittel den Kommunalverbänden selbst wieder zugute kommen.

2. Zu Ziffer V.

Malzkeime werden für die Herstellung von Preßhefe zur Brotbereitung dringend gebraucht und können daher nur im äußersten Notfalle freigegeben werden.

3. Zahlreiche gewerbliche Betriebe sind dazu übergegangen, zur Verwertung ihrer Erzeugnisse an Kraftfutter Maßvieh einzustellen. Es würde unwirtschaftlich sein, diese Betriebe durch sofortige Entziehung der für solches Vieh erforderlichen Futtermittel zur vorzeitigen Ablosung dieser Viehbestände zu zwingen und dadurch die Fleischversorgung ungünstig zu beeinflussen. Die Bezugsvereinigung wird daher auf Antrag von dem Ueberlassungsverlangen insoweit Abstand nehmen, als die Kraftfuttermittel im Einzelfalle etwa erforderlich sind, um das jetzt vorhandene Vieh auf einen Grad der Reife zu bringen, der seine Verwendung als Schlachtvieh gestattet. Dieser Grad ist nach den durch den Krieg bedingten Verhältnissen zu bemessen; eine volle friedensmäßige Ausmahlung kann nicht beansprucht werden.

Dem Antrag ist eine Uebersicht über die Zahl und Art der in Frage kommenden Tiere und über die bisherige Dauer ihrer Einstellung beizufügen; diese Angaben sind von dem Kommunalverband zu bescheinigen.

Reuaufrstellung zur Mästung ist selbstverständlich ausgeschlossen.

Die gewerblichen Betriebe haben also unverzüglich die Bescheinigungen hinsichtlich ihrer Spanntiere anzufordern. Anmeldebogen, die einen Anmeldebogen noch nicht besitzen, müssen ihr sogleich bei der Bezugsvereinigung der deutschen Landwirte (Abt. Kraftfuttermittel) Berlin W. 35, Gentlienerstr. 34, bestellen. Nach Ausfüllung des Anmeldebogens ist dieser sogleich mit einem Begleitbericht der zuständigen Bürgermeisterei, der die Richtigkeit der Angaben bescheinigen muß, an uns einzusenden, damit wir auf Seite 1 die nötige Bescheinigung des Kommunalverbandes vornehmen können.

Die vorstehenden Anordnungen sind von den Ortspolizeibehörden sogleich ortsüblich bekannt zu machen.

Gießen, den 4. April 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

J. B.: Langermann.

Bekanntmachung.

Wegen Vornahme von Rohrverlegungsarbeiten wird der Verkehr bis auf weiteres für jeglichen Fuhrwerksverkehr gesperrt.

Gießen, den 5. April 1916.

Großherzogliches Polizeiamt Gießen.

Hemmerde.

Betr.: Die Bereitung von Kuchen.

An die Großh. Bürgermeisterien der Landgemeinden des Kreises, Großh. Polizeiamt Gießen und Großh. Gendarmerie des Kreises.

Auf verschiedene Anfragen hin verweisen wir auf die im Kreisblatt Nr. 113 vom 24. Dezember 1915 abgedruckte Verordnung des Bundesrats vom 16. Dezember 1915, nach deren § 1 Abs. 2 unter das Verbot auch Backwaren unter Verwendung von Mohn fallen; es ist also der jüdischen Bevölkerung nicht gestattet, sogenannte „Dattcher oder Berges“ in gewerblichen Betrieben, insbesondere Bäckereien, backen zu lassen, auch wenn der Teig zu Hause hergestellt worden ist. Die Bäcker sind entsprechend zu bedenken.

Gießen, den 6. April 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

J. B.: Langermann.

Nachstehendes Ausschreiben bringen wir zur öffentlichen Kenntnis.

Gießen, den 4. April 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

J. B.: Langermann.

Großherzogliches
Ministerium der Finanzen.
Abteilung für Forst- und Kameralverwaltung.
Darmstadt, den 25. März 1916.

Zu Nr. 7. M. D. 13960.

Betr.: Beschaffung von Ersatzfuttermitteln für Schweine.

Als Ersatz der Kartoffeln zur Schweinefütterung wird der Wurzelstock des Adlerschnabls (*Stelis aguilina*) empfohlen. Großh. Ministerium des Innern erucht, die Gewinnung und Verwendung dieses Ersatzfuttermittels nach Möglichkeit zu fördern. Wir ermahnen Sie daher, die Nutzung der Wurzeln des Adlerschnabls im Domänenwald an geeigneten Stellen den Schweinehaltern, die hiervon Gebrauch machen wollen, unentgeltlich zu gestatten. Die Bestände, in denen das Ausgraben der Wurzeln ohne wesentlichen Schaden stattfinden kann, sind von Ihnen zu bezeichnen und die Vorschriften zu treffen, die für illegale Vornahme der Nutzung geboten erscheinen. Namentlich wird Verboten der umgegraben Fläche auszuhalten sein. — Für die Gemeindeverordnungen empfehlen wir im Einvernehmen mit den Großh. Bürgermeisterien die gleichen Maßnahmen zu treffen.

J. d. K.: gez. Blumenau.

An die Gr. Oberförstereien.

Betr.: Ausführung der Polizeiverordnung über das Vertilgen der Mütiaus vom 19. November 1904.

An den Oberbürgermeister der Stadt Gießen und an die Großh. Bürgermeisterien der Landgemeinden des Kreises.

Wir machen darauf aufmerksam, daß der Rundgang der Kommissionen gemäß § 3 der oben erwähnten Polizeiverordnung nunmehr alsbald stattfinden hat. Zur Erspargung von Schreibarbeit wollen wir weiterhin versuchsweise von Vorlagen des Protokolls gemäß § 10 absehen und haben das Vertrauen, daß die Kommissionen auch ohne diese Vorlage die ihnen obliegende Tätigkeit gewissenhaft ausüben.

Gießen, den 6. April 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

J. B.: Hemmerde.

Bekanntmachung

In der Zeit vom 15. bis 31. März wurden in hiesiger Stadt gefunden: 1 Medaillon, 3 Portemonnaies, 1 Halskettchen mit Anhänger, 1 goldene Brosche, 1 Fingerring, 1 Fünfmarschlein, 1 Beunmarschlein, 1 Bernsteinschmuck, 1 Federboa, ein Teil einer Uhrkette, 1 Damenregenschirm;

verloren: 1 braunes Lederportemonnaie mit 50 Bfg., 1 Fünfmarschlein, 1 Briestafche mit 30 Mark, 1 Briestafche mit 10 bis 20 Mark, 1 kleines Kinderportemonnaie mit 10 Mk., 1 goldene Brosche, 1 goldener Trauring gez. W. D., ein Damenportemonnaie mit 12 bis 14 Mark, 1 goldene Damen- uhr mit Kette, 1 Portemonnaie mit 4,20 Mark, 1 Portemonnaie mit 4 Mark und ausländisches Geld, 1 goldene Damenuhr, 1 goldener Uhranhänger gez. P. B., 1 Beunmarschlein, 1 Portemonnaie mit 1,80 Mark.

Die Empfangsberechtigten der gefundenen Gegenstände belieben ihre Ansprüche alsbald bei uns geltend zu machen.

Die Abholung der gefundenen Gegenstände kann an jedem Wochentag von 11—12 Uhr vormittags und 4—5 Uhr nachmittags bei unterzeichneter Behörde, Zimmer Nr. 1, erfolgen.

Gießen, den 5. April 1916.

Großherzogliches Polizeiamt Gießen.

Hemmerde.

vermittelnden Personen als Ersatz für die vorausgesetzten Zuschläge einen Aufschlag von sieben Hundertsteln zur Lohnsumme zu zahlen. Die bezeichneten Zwischenpersonen haben innerhalb drei Tagen nach der Lohnzahlung jedesmal ein Verzeichnis der von ihnen gezahlten Löhne dem zuständigen (Gewerbeaufsichtsbeamten)* einzureichen. Aus dem Verzeichnis muß der Name und die Wohnung jedes Arbeiters (eier Arbeiterin), der von ihm verdiente Lohn, der ihm gezahlte Zuschlag und die danach sich ergebende Gesamtsumme des ihm gezahlten Lohnes ersichtlich sein.

Allgemeine Bestimmungen.

§ 5.
Keinesfalls darf in einer Woche mehr zugeschnitten werden, als in der nächstfolgenden Woche verarbeitet werden kann.

§ 6.
Soweit die Arbeitszeit für Personen, die innerhalb der Betriebe der Unternehmer oder innerhalb der Arbeitsstuben beschäftigt sind, auf 40 Stunden in der Woche beschränkt ist (§ 1 Abs. 1, 2, § 4 Ziffer 2), darf solchen Personen Arbeit zur Verrichtung außerhalb des Betriebs oder der Arbeitsstuben nicht übertragen oder für Rechnung Dritter überwiesen werden.

§ 7.
Die Betriebsunternehmer haben bis zum 1. April 1916 dem zuständigen (Gewerbeaufsichtsbeamten)* ein Verzeichnis der von ihnen am 1. Februar 1916 innerhalb der Betriebe mit Zuschneiden beschäftigten Personen (vgl. § 1 Abs. 1) einzureichen und dabei zugleich die Zahl derjenigen Personen anzugeben, welche von ihnen am 1. Februar 1916 innerhalb der Betriebe mit Einrichten, Ausgeben und Abnehmen der Arbeit oder mit der Anfertigung oder Verarbeitung der gewerblichen Erzeugnisse beschäftigt worden sind (vgl. § 1 Abs. 2).

§ 8.
In den Betriebsräumen der Unternehmer, in denen gewerbliche Erzeugnisse gegen Stücklohn angefertigt oder verarbeitet werden (§ 3 Abs. 2), ist an deutlich sichtbarer Stelle und in deutlich lesbarer Schrift ein Aufschlag gemäß Buchstabe a der Anlage anzubringen.

In den Betriebsräumen der Unternehmer und der die Ausgabe von Arbeit für sie vermittelnden Personen (Ausgeber, Faktoren, Zwischenmeister u. dgl.), in denen Arbeit für Heimarbeiter, Hausarbeiter u. dgl. (§ 4 Ziffer 3) ausgegeben oder abgenommen wird, sowie in den Arbeitsstuben (§ 4 Ziffer 2) ist an der Außen- und der Innenseite der Eingangs- und Ausgangstüren an deutlich sichtbarer Stelle und in deutlich lesbarer Schrift ein Aufschlag gemäß Buchstabe b der Anlage anzubringen.

§ 9.
Die (von den Landeszentralbehörden bestimmten Behörden**) können auf Antrag Ausnahmen von den Vorschriften des § 1 Abs. 1, 2, die im öffentlichen Interesse notwendig sind, zulassen. Ein öffentliches Interesse kann auch dann als vorliegend erachtet werden, wenn ohne die Zulassung der Ausnahme der Betrieb nicht in dem Umfang aufrecht erhalten werden könnte, daß den Arbeitern (Heimarbeitern) das nach den Vorschriften dieser Verordnung zulässige Maß von Beschäftigung gewährt werden könnte.

§ 10.
Die Betriebsunternehmer, die Inhaber von Arbeitsstuben und die sonst die Ausgabe der Arbeit vermittelnden Personen (Ausgeber, Faktoren, Zwischenmeister u. dgl.) sind verpflichtet, dem zuständigen (Gewerbeaufsichtsbeamten)*** Einsicht in ihre Lohnlisten und sonstigen Bücher so weit zu gestatten, als zur Feststellung der Richtigkeit der gezahlten Löhne erforderlich ist.

§ 11.
Die Bekanntmachung tritt mit ihrer Verkündung in Kraft. Die Vorschriften der § 4 Ziffer 2 bis 5, § 5 finden von diesem Zeitpunkt an auch auf die Ausgabe von Arbeit aus denjenigen Arbeitsmengen Anwendung, welche den Inhabern von Arbeitsstuben oder den sonst die Arbeitsausgabe vermittelnden Personen (Ausgebern, Faktoren, Zwischenmeistern u. dgl.) vor diesem Zeitpunkt von den Betriebsunternehmern überwiesen worden sind.

Mit dem in Abs. 1 bezeichneten Zeitpunkt tritt für die unter diese Bekanntmachung fallenden Betriebe die Bekanntmachung Nr. W. M. 77/1. 16. K. R. A. vom Januar 1916, betreffend mit Kraft angetriebene Maschinen für Konfektionsarbeit, außer Kraft.

*) Anmerkung: Für Preußen ist zu setzen: Gewerbeinspektor; für Bayern: Gewerbeamt; für Sachsen: Ortspolizeibehörde; für Württemberg: Gewerbeinspektor.

**) Anmerkung: Für Preußen ist zu setzen: Die Regierungspräsidenten, im Landespolizeibezirk Berlin: Der Polizeipräsident; für Bayern: Die Kreisregierungen, Kammer des Innern; für Sachsen: Die Kreishauptmannschaften; für Württemberg: Die Oberämter.

*** Anmerkung: Für Preußen ist zu setzen: Gewerbeinspektor; für Bayern: Gewerbeamt; für Sachsen: Ortspolizeibehörde; für Württemberg: Gewerbeinspektor.

Anlage.

a) Aufschlag für Betriebsunternehmer (vgl. § 8 Abs. 1 der Vorschriften):

Auszug aus den Vorschriften des vom (§ 8 Abs. 2).

Bei Anfertigung oder Bearbeitung gewerblicher Erzeugnisse in Stücklohn ist den Arbeitern (Arbeiterinnen) ein Zuschlag in Höhe von einem Zehntel des verdienten Lohnes zu zahlen, sofern nicht der für die Woche erzielte Verdienst das Reinsache des Ortslohns (ortsüblichen Tagelohns) übersteigt.

Die Lohnsätze für die angefertigten oder bearbeiteten Gegenstände dürfen nicht geringer als die am 1. Februar 1916 gezahlten sein.

b) Aufschlag für Betriebsunternehmer, Ausgeber, Faktoren, Zwischenmeister u. dgl. für Inhaber von Arbeitsstuben (§ 8 Abs. 2 der Vorschriften):

Auszug aus den Vorschriften des vom (§ 8 Abs. 4, 5).

Den Arbeitern (Arbeiterinnen) ist bei der Lohnzahlung ein Zuschlag in Höhe von einem Zehntel des verdienten Lohnes zu zahlen.

Die Lohnsätze für die angefertigten oder verarbeiteten Gegenstände dürfen nicht geringer als die am 1. Februar 1916 gezahlten sein. Arbeiten die Arbeiter (Arbeiterinnen) in Arbeitsstuben gegen Zeitlohn (Tagelohn, Wochenlohn), so dürfen die Stundenlöhne nicht geringer als die am 1. Februar 1916 gezahlten sein.

Frankfurt a. M., den 4. April 1916.

Stellv. Generalkommando des 18. Armee Korps.

Bekanntmachung.

Betr.: Regelung der Arbeit in Web-, Wirk- und Strickstoffe verarbeitenden Gewerbebezügen.

An die Großh. Bürgermeistereien der Landgemeinden des Kreises.

Indem wir auf die Bekanntmachung des stellvertr. Generalkommandos des 18. Armee Korps verweisen, beauftragen wir Sie, folgendes alsbald ortsüblich zu veröffentlichen:

„Am 4. April 1916 ist eine Bekanntmachung des stellvertr. Generalkommandos des 18. Armee Korps, betreffend: Regelung der Arbeit in Web-, Wirk- und Strickstoffe verarbeitenden Gewerbebezügen, erlassen worden. Die Bekanntmachung betrifft: Beschäftigung innerhalb der Betriebe der Unternehmer, Beschäftigung außerhalb der Betriebe der Unternehmer, allgemeine Bestimmungen. Der Wortlaut der Bekanntmachung ist in unserer Amtsstube einzusehen.“

Der Gießener Anzeiger, der obige Bekanntmachung enthält, ist von Ihnen auf Wunsch den Interessenten vorzulegen, letzteren auch auf etwaige Fragen eingehende Auskunft zu geben.

Gießen, den 4. April 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

H. B.: Hemmerle.

Wöchentl. Uebersicht der Todesfälle i. d. Stadt Gießen.

12. Woche. Vom 19. bis 25. März 1916.

Einwohnerzahl: angenommen zu 33 100 (inkl. 1600 Mann Militär).

Sterblichkeitsziffer: 23,66 ‰.

Nach Abzug von 6 Ortsfremden: 14,13 ‰.

Es starben an	Zahl.	Erwachsene	im 1. Lebensjahr	Kinder vom 2. bis 16. Jahr
Altersschwäche	1	1	—	—
Tuberkulose der Lungen	1 (1)	1 (1)	—	—
Tuberkulose des Gehirns	1 (1)	—	—	1 (1)
Lungenentzündung	1	—	—	1
Influenza	1	1	—	—
Krankheiten des Herzens	3 (2)	3 (2)	—	—
Gehirnschlag	3	3	—	—
anderen Krankheiten des Nervensystems	1 (1)	1 (1)	—	—
anderen Krankheiten der Verdauungsorgane	1 (1)	1 (1)	—	—
Krebs	1	1	—	—
andere benannten Krankheiten	1	1	—	—
Summa:	15 (6)	13 (6)	—	2 (1)

Anm.: Die in Klammern gesetzten Ziffern geben an, wie viele der Todesfälle in der betreffenden Krankheit auf von auswärts nach Gießen gebrachte Kranke kommen.

Märkte.

10. Wiesbaden, 3. April. Viehmarkt. Zum Verkauf standen heute: 2 Rinder, darunter 1 Ochse und 1 Kuh, 25 Kälber, 0 Schafe, 1 Schwein. Ueber den Marktverlauf etwas zu sagen, erübrigt sich.